

dierten Amtsträgern um vorsichtige Verwalter, so stünden ihre visionären Gegenparts besser da, und umgekehrt. Ungeachtet dessen ist auch beim Ausschluss der Regierungschefs keine Stringenz zu erkennen. Richard Nixon wird als einziger von ihnen aus ökonomischen Gründen disqualifiziert, während dies weder Ronald Reagan noch dem älteren Bush widerfährt, die ihrerseits für eine schwache US-Konjunktur kritisiert wurden. Zugleich kommt es nicht zum Einbezug von Präsident Clinton, der in den 1990er Jahren zum Abbau des Haushaltsdefizits beitrug und für Analysten den Grundstein für die Erneuerung amerikanischer Weltmacht legte.

Am Ende steht eine defizitäre Publikation, die es sich gleichwohl zu lesen lohnt. Zum einen bekräftigt sie die menschliche Prägekraft auf die internationale Politik, in dem sie genuin strukturelle Erklärungen zurückweist und die Kontingenz sozialer Phänomene aufzeigt. Zum anderen bietet sie ein anschauliches Beispiel für die Widerstandsfähigkeit der hegemonialen Ausprägung von Amerikas außenpolitischer Identität. Konsequenter wird Thesen vom Niedergang der Vereinigten Staaten eine Absage erteilt. Und niemals wird der Nutzen einer Supermachtrolle hinterfragt. Vielmehr gilt es als selbsterklärend, dass einzig die USA mit ihrer Außenpolitik den Ankerpunkt für Frieden und Wohlstand in der Welt darstellen. Denn die hypothetischen Alternativen zu amerikanischer Führung, dem ist sich *Joseph Nye* sicher, heißen eben nicht China und Russland, sondern Unordnung und Chaos.

Tobias Fella

Young, Oran R. *Institutional Dynamics: Emergent Patterns in International Environmental Governance*. Cambridge: MIT Press 2010. 225 Seiten. 19,00 €.

*Young*, ein führender Vertreter der Regimetheorie in den Internationalen Beziehungen (IB), geht in diesem Buch der Frage nach, wie sich Regime über Zeit wandeln. Sein empirischer Fokus liegt auf Umweltregimen, doch ist die Arbeit konzeptionell allgemein genug gehalten, um zur institutionalistischen Forschung in allen Sachbereichen der internationalen Politik zu sprechen. Schließlich konstatiert *Young* zu Recht, dass historische Dynamiken in internationalen (Umwelt-)Regimen – hier definiert als Sets von Rechten, Regeln und Entscheidungsverfahren zur Steuerung der Mensch-Umwelt-Beziehung (1) – bislang kaum theoretisiert sind. So wurden die Entstehungsbedingungen und auch die Wirkung internationaler Regime seit den 1980er Jahren intensiv debattiert, ihre Entwicklung über Zeit jedoch vernachlässigt. *Young* schlägt nun eine an die Theorie komplexer Systeme angelehnte Konzeptionalisierung von Institutionenwandel vor und betrachtet damit fünf Fallstudien: das Ozonregime, das Regime um den Antarktisvertrag, das Klimaregime, das Walfangregime und das Regime zum Schutz von Robben in der Beringsee. Die Kernthese des Buches lautet, dass es einer Passung zwischen internen Regimeeigenschaften und äußeren Umständen bedarf, um die Bestandsfähigkeit der Institution zu sichern.

Diese These klingt nicht zufällig vage. Denn, um es vorwegzunehmen, sowohl die Konzeptionalisierung als auch das Forschungsdesign der Studie lassen leider nur ungefähre Schlüsse über Re-

gimewandel zu. So macht *Young* schon eingangs nicht hinreichend klar, was genau das – von ihm als „emergent“ bezeichnete – Explanandum seiner Analyse ist. Unter Rückgriff auf Theorien komplexer Systeme führt er hier die Begriffe der Resilienz, Robustheit, Verwundbarkeit und Anpassung von Regimen als „Systemen“ ein. Dabei lässt er ausreichend Ermessensspielraum, um die Entwicklung von Regimen von Fall zu Fall unterschiedlich zu konzipieren: funktionsbezogen als allmähliche Realisierung des angelegten Problemlösungspotenzials eines Regimes, strukturbezogen als Anpassung der Regimeregeln oder gar der Regimeziele an neue politische oder ökologische Bedingungen, oder verhaltensbezogen als Fortbestand der Kooperation durch die teilnehmenden Staaten. Alle diese möglichen Konzipierungen des Explanadums fließen in die Fallstudien mit ein. Jene dienen *Young* zugleich zur Erarbeitung von fünf Prototypen von Regime-Wandel: „progressive development“ (Ozonregime), „punctuated equilibrium“ (Antarktisvertrag), „arrested development“ (Klimaregime), „diversion“ (Walfangregime) und „collapse“ (Beringsee-Robben).

„Progressive Entwicklung“ meint hier die allmähliche Ausweitung von Regeln bis hin zur Problemlösung, spricht dem effektiven Schutz der Ozonschicht durch das Montrealer Protokoll. Sie kann als Gegenbegriff zur Stagnation, dem „arrested development“ gelten. So findet derzeit im Fall des Klimaregimes gerade keine Regelfortschreibung statt, die der menschengemachten Erderwärmung einen Riegel vorschöbe. Die „diversion“ wiederum, also der „Kurswechsel“ des Walfangregimes seit seiner Entstehung bezieht sich dagegen auf aufkeimende normative und distri-

butive Konflikte über das zu lösende Problem selbst. Seit eine neue, als absolut verstandene Tierschutznorm zunehmend mit der ursprünglichen Norm des nachhaltigen Walfangs kollidierte und etliche Staaten Schlupflöcher nutzten, um bestehende Regeln auszuhöhlen, konnte das Regime seinen Ursprungszweck des nachhaltigen Walfangs nicht mehr erfüllen. Der „collapse“ beziehungsweise der Zusammenbruch des Robben-Schutz-Regimes kann, so betrachtet, als Extremform der Diversion gelten, da hier politische Konflikte zu einer offenen Beendigung der Kooperation führten – sprich: keines der möglichen Kooperationsziele wird seit Mitte der 1980er mehr erreicht. „Punctuated equilibrium“ schließlich lässt sich übersetzen als in Schüben stattfindender Wandel. Dieser aus der Pfadabhängigkeits-Literatur entlehnte Begriff ist abstrakter angelegt und postuliert ganz allgemein, dass Institutionen lange Zeit stabil fortbestehen und sich nur unter Einfluss größerer Schocks relativ abrupt wandeln. Dies gilt laut *Young* für den Antarktisvertrag insofern, als wiederkehrende exogene Schocks immer wieder zu einer erfolgreichen Fortschreibung des Regimes geführt haben. Unverkennbar fließen in diese Typisierung normative Wertungen darüber ein, welche Entwicklung als erfolgreiche, „resiliente“ Anpassung, und welche als dysfunktionaler Kursverlust eines Regimes zu gelten hat. Diese Annahmen sind in *Youngs* Heuristik jedoch theoretisch nicht aufgehoben und werden auch nicht thematisiert. Zudem muss angesichts des unscharfen Explanadums auch die kausale Kernthese, die „endogenous-exogenous alignment thesis“ (13), unterbestimmt bleiben. *Young* listet sechs endogene institutionelle Eigenschaften wie den

Verrechtlichungsgrad, die Flexibilität und die bürokratischen Ressourcen, und acht exogene Faktoren wie „Problemattribute“, die ökonomische Stabilität und biophysische Veränderungen (15) auf, deren spezifische Konfiguration die Regimeentwicklung determiniere. Diese These ist breit genug gehalten, um durchweg bestätigt zu werden. Wohlgermerkt betont der Autor selbst, dass es sich um eine explorative und keine hypothesentestende Arbeit handelt – deren Stärke eindeutig in der empirischen Sättigung und historischen Komplexität der Fallstudienkapitel liegt. Um den analytischen Beitrag der Theorie komplexer Systeme für die Untersuchung von Regimewandel zu untermauern, bedarf es allerdings noch einiger begrifflicher Übersetzung und Schärfung.

Zugleich scheinen gerade *Youngs* vielfältige Beobachtungen zur kanalisierten Rolle starrer Regime-Regeln und Prozeduren sehr gut anschlussfähig zu sein an jüngere Arbeiten in der Tradition des Historischen Institutionalismus (HI). Autoren wie Kathleen Thelen, James Mahoney und Wolfgang Streeck haben jüngst einflussreiche Konzepte und Hypothesen zum graduellen Institutionenwandel vorgelegt, die den *Youngs*chen ähneln – etwa der Begriff der „conversion“ als Pendant zu *Youngs* „diversion“. Auch der Fokus auf die Flexibilität von Regeln als endogene Bedingung künftiger Anpassungen ist eine wesentliche Schnittstelle beider Literaturen. Künftige Arbeiten zu institutionellen Dynamiken in der Weltpolitik könnten die IB- und die HI-Literatur *Youngs* Vorlage folgend fruchtbar verbinden.

*Tine Hanrieder*

Derichs, Claudia und Mark R. Thompson (Hrsg.). *Dynasties and Female Political Leaders in Asia. Gender, Power and Pedigree*. Berlin. LIT Verlag 2013. 388 Seiten. 44,90 €.

Der von *Claudia Derichs* und *Mark R. Thompson* herausgegebene Sammelband präsentiert die Ergebnisse eines in den Jahren 2003 bis 2006 durchgeführten und von der DFG geförderten Forschungsprojekts über Frauen in politischen Führungspositionen in ausgewählten asiatischen Staaten. Grundlage der komparativ ausgerichteten empirischen Studie bilden Feldforschungen von RegionalexpertInnen, die Interviews mit den führenden Politikerinnen selbst und ihren inneren Machtzirkeln einschließen.

Ausgangspunkt des Forschungsinteresses ist das augenfällige Phänomen, dass in diesen Gesellschaften, die weithin als besonders patriarchal gelten, bereits seit den 1960er Jahren etliche Frauen in politische Spitzenämter und Führungsrollen gelangt sind. So wurde 1960 Sirimavo Bandaranaike in Sri Lanka zur ersten weiblichen Staatschefin gewählt. Es folgten Frauen als politische Führungspersönlichkeiten in einer Reihe von kulturell, systemisch und entwicklungsperspektivisch durchaus heterogenen Staaten wie Indien, Pakistan, Indonesien, Bangladesch, den Philippinen, Burma, Malaysia, Südkorea und Thailand.

Gemeinsam ist diesen Präsidentinnen, Parteiführerinnen und Oppositionspolitikerinnen ein für den politischen Aufstieg entscheidender familiendynastischer Hintergrund. Sie erreichten politische Prominenz als Witwen, Ehefrauen oder Töchter von ermordeten oder inhaftierten männlichen Spitzenpolitikern. Die Beiträge des Sammel-